

Titel der Drucksache: <b>Erfurt auf dem Weg zur Bürgerkommune</b>	Drucksache <b>0720/13</b>
	Stadtrat Entscheidungsvorlage öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Stadtrat	03.07.2013	öffentlich	Entscheidung

**Beschlussvorschlag**

1. Der Stadtrat unterstützt das Konzept der 'Bürgerkommune' (s. Anlage) Folgende Ziele sollen dabei erreicht werden:

- eine höhere Bürgerzufriedenheit mit kommunalen Dienstleistungen und Planungsprojekten (Zunahme von TeilnehmerInnen an Beteiligungsangeboten, Rückgang von Beschwerden, Bürgerentscheiden, Klagen, etc.).
- die Stärkung der vorhandenen und Schaffung neuer kommunaler Beteiligungsinstitutionen (z.B. Demokratiezentrum, Bürgerbüro, Nachhaltigkeitsbeirat, etc.)
- eine Entlastung der kommunalen Haushalte (langfristige Einsparungen durch von Vereinen, Initiativen, Genossenschaften freiwillig gewollte und definierte Aufgabenübernahme).
- bessere Politikergebnisse im Sinne der politischen Zielsetzungen (frühzeitige Informationen und Kommunikation schaffen Transparenz in den kommunalen Politikprozessen, was zu einer Belebung der lokalen Demokratie (höheren Beteiligungsgrad) und Zufriedenheit mit den Beschlüssen des Stadtrates führen sollte und schließlich zur starken Identifizierung der Bürgerschaft mit ihrer Stadt)

2. Die Mitglieder des Stadtrates, der Oberbürgermeister sowie die Erfurter Stadtverwaltung werden an der Umsetzung des Konzeptes arbeiten. Voraussetzung für ein Gelingen ist ein hohes Maß an Eigeninitiative und Engagement der Erfurter Bürgerinnen und Bürger. Erste Umsetzungsschritte sind:

- eine gemeinsame Erarbeitung von Beteiligungsstandards zwischen der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft (Bürgerbeteiligungsvertrag aushandeln)
- die Entwicklung von Projekten zur Stärkung der Kunden-, Mitgestalter- und Auftraggeberrolle der Bürgerschaft.

3. Sowohl das Engagement der Bürgerschaft als auch die finanziellen Möglichkeiten der Stadt bestimmen das Tempo für den Aufbau und Ausbau der Bürgerkommune.

, gez.  
Datum, Unterschrift

<b>Nachhaltigkeitscontrolling</b>	Nein	Ja, siehe Anlage	<b>Demografisches Controlling</b>	Nein	Ja, siehe Anlage
<b>Finanzielle Auswirkungen</b>	x	Nein	Ja	→	<b>Nutzen/Einsparung</b>
		↓			Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)
<b>Deckung im Haushalt</b>	Nein	Ja	<b>Gesamtkosten</b>		
			<b>EUR</b>		
		↓			
			<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>
					<b>2016</b>
Verwaltungshaushalt Einnahmen		EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben		EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen		EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben		EUR	EUR	EUR	EUR
<b>Deckung siehe Entscheidungsvorschlag</b>					
<b>Fristwahrung</b>					
	Ja	Nein			

## Anlagenverzeichnis

### Sachverhalt

Das Konzept der Bürgerkommune (siehe Anlage 1) beschreibt eine Kommune, in der sich BürgerInnen als Teilhaber am Gemeinwesen verstehen, sich für die Entwicklung ihrer Stadt interessieren und einsetzen. Die Menschen in Erfurt sollen dabei unterstützt werden, sich aktiv in Entscheidungen einzubringen und bei der Gestaltung und Entwicklung ihrer Stadt mitzuwirken. Dabei sollen repräsentative Entscheidungsmechanismen mittelfristig durch informelle, direktdemokratische und kooperative Formen der Demokratie ergänzt werden.

Die Stadt Erfurt hat im Jahr 2012 das Konzept des BUND e.V. 'Zukunftsfähige Bürgerkommune Erfurt' mit dem Erfurter Zukunftspreis ausgezeichnet. Auf Grundlage dieses Konzeptes soll sich die Stadt nun auf den Weg machen, Erfurt zu einer Bürgerkommune zu entwickeln. Städte wie Potsdam, Berlin-Lichtenberg oder Heidelberg haben diesen Prozess bereits begonnen.

In Erfurt gibt es bereits verschiedene Möglichkeiten, Menschen am kommunalpolitischen Geschehen zu beteiligen. Ziel ist es diese Elemente aufzugreifen und das Beziehungsgeflecht von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung weiterzuentwickeln. Ein erster Schritt ist das gemeinsame Erarbeiten von Beteiligungsstandards zwischen der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft.

Ob dies gelingt, ist vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, der Unterstützung durch Oberbürgermeister und des Stadtrates abhängig.

Zielkonflikte zwischen der Effizienz einer Verwaltung und einer stärkeren Demokratisierung sollen dabei nicht geleugnet werden. Die nachhaltige Gestaltung Erfurts wird trotzdem nur mit einer breiten Beteiligung der Menschen vor Ort zu bewältigen sein.